

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 23. Februar 2022

315. Kantonspolizei (Stellenplan)

Ausgangslage

Der «Ständige Transport» der Regionalen Staatsanwaltschaften Region West (Hafteinvernahmen), die Staatsanwaltschaften I–III sowie die Jugendstrafrechtspflege werden nach Bezug des Polizei- und Justizentrums (PJZ) ihre Einvernahmen in den Einvernehmeräumlichkeiten des PJZ durchführen.

Die Oberstaatsanwaltschaft stellte bei der Planung der Prozesse zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Einvernahmen fest, dass der Gewährleistung der Sicherheit bei der Durchführung der Einvernahmen besser Rechnung getragen werden muss und daher wesentlich strengere Anforderungen an das Sicherheitsdispositiv gestellt werden müssen. Diese strengeren Anforderungen sind vor allem durch die räumlichen Gegebenheiten (gesonderte Räumlichkeiten für die Einvernahmen, Verschiebungsdistanzen innerhalb des PJZ, Anzahl zeitgleich durchgeführter Einvernahmen usw.) bedingt. An den bisherigen Standorten der betroffenen Amtsstellen konnte zudem dem Faktor Sicherheit bei Einvernahmen nicht in jeder Beziehung ausreichend Rechnung getragen werden. Es ist unabdingbar, dass im PJZ die Sicherung der Einvernahmen den heutigen Standards angepasst wird. Diese Erkenntnisse haben sich erst bei der Detailplanung nach Vorliegen des Rohbaus ergeben. Deshalb konnte dies im Budgetprozess nicht mehr berücksichtigt werden.

An den bisherigen Standorten der kantonalen Staatsanwaltschaften I–III konnte zur Unterstützung bei Sicherheitsdienstleistungen das Pikett die zur Ausbildung und Unterstützung je einer Staatsanwältin bzw. einem Staatsanwalt zugewiesenen polizeilichen Protokollführerinnen und Protokollführer der Staatsanwaltschaften Zürich-Sihl und Zürich-Limmat sowie in geringem Umfang bei Bedarf zusätzlich Sicherheitspersonal der Delta Security beigezogen werden. Aufgrund der räumlichen Distanz zum PJZ kann das Pikett der polizeilichen Protokollführerinnen und Protokollführer der Staatsanwaltschaften Zürich-Sihl und Zürich-Limmat nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Aus betrieblichen Überlegungen soll zudem auf den Beizug von externem Sicherheitspersonal im PJZ verzichtet werden.

Beizug von Angehörigen der Sicherheitsassistenz der Kantonspolizei

Um die Sicherheit bei den Einvernahmen im PJZ zu gewährleisten, soll diese ab Bezug des PJZ durch Angehörige der Sicherheitsassistenz der Kantonspolizei geleistet werden. Dieser Personalkörper der Kantonspolizei ist speziell für den Transport und die Zuführung von arretierten Personen ausgebildet.

Die Sicherheitsdienstleistungen umfassen im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Abholen der Arrestantinnen und Arrestanten in der Schleuse des Gefängnisses Zürich West (GZW);
- Verbringen in die zugehörigen Abstandszellen der Einvernehmeräume;
- Überwachung vor Abstandszellen während den Gesprächen mit den Anwältinnen und Anwälten;
- Abholen der Arrestantinnen und Arrestanten in den Abstandszellen und verbringen in die Einvernehmeräume;
- Gewährleistung der Sicherheit während den Einvernahmen (Anwesenheit);
- Gewährleistung der Sicherheit während der Rückübersetzung von z. B. Einvernahmeprotokoll, Strafbefehl usw.;
- Rückbegleitung in die Schleuse des GZW.

Die Kantonspolizei ist damit einverstanden, diese Aufgabe im Auftrag der Direktion der Justiz und des Innern auszuführen.

Personalbedarf in Vollzeitstellen

Aufgrund von Erfahrungswerten der vergangenen Jahre (Anzahl Einvernahmen pro Zeiteinheit, durchschnittliche geschätzte Dauer der Einvernahmen, und unter Berücksichtigung, dass mehrere Einvernahmen gleichzeitig stattfinden können) wurde der Personalbedarf für die Erfüllung der vorgenannten Aufgaben berechnet:

Einheit	Einvernahmen	Durchschnittlicher Zeitbedarf in Stunden	Stunden	Stellenbedarf
Ständiger Transportdienst	täglich 2–7	0,67–2, d. h. 2 Personen à 365 Tage (11 Stunden)	8008	5
		Abdeckung von Notfällen		1
STA I–III	1436	6	8616	5
Jugendadvokatur	388	4	1552	1
		1 Person auf Abruf, 365 Tage		1
Total				13

Diese Berechnung ergibt folgenden Personalbedarf:

Die Einvernahmen bei der Verhaftung (Hafteinvernahmen) werden durch das Pikett der Regionalen Staatsanwaltschaften durchgeführt. Hierfür werden sechs Vollzeitstellen für Sicherheitsdienstleistungen benötigt.

Für die Gewährleistung der Sicherheit bei Einvernahmen der Kantonalen Staatsanwaltschaften besteht ein Bedarf von fünf Vollzeitstellen.

Die Jugendstrafrechtspflege braucht für ihre Hafteinvernahmen im PJZ zwei Vollzeitstellen zur Gewährleistung der notwendigen Sicherheit.

Damit ergibt sich ein Bedarf von insgesamt 13 Vollzeitstellen. Somit sind auf den 1. April 2022 im Zivilstellenplan der Kantonspolizei 13,0 Stellen in der Richtposition Sicherheitsassistent/in, LK 13 VVO, zu ergänzen. Bei den zu schaffenden Stellen handelt es sich um eine Stellenaufstockung, weshalb es keiner weiteren Einreisungsprüfung bedarf.

Die Berechnung des Stellenbedarfs beruht auf Erfahrungswerten innerhalb der bisherigen Infrastruktur und Schätzungen in Bezug auf die neuen Abläufe im PJZ. Es rechtfertigt sich daher, den tatsächlichen Personalbedarf während der ersten beiden Betriebsjahre zu beobachten und auszuwerten.

Finanzen

Die Finanzierung der Stellen erfolgt über das Budget der Direktion der Justiz und des Innern. Der Aufwand für eine Vollzeitstelle beträgt einschliesslich Sozialaufwand Fr. 116800, jährlich somit Fr. 1 518 400. 2022 wird mit einer Einsatzzeit von neun Monaten gerechnet.

Die Aufwandpositionen sind im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2023–2026 in den Leistungsgruppen Nr. 2204, Staatsanwaltschaft, und Nr. 2205, Jugendstrafrechtspflege, einzustellen. In der Leistungsgruppe Nr. 3100, Kantonspolizei, ist der Aufwand und der Ertrag (interne Verrechnung) ebenfalls saldoneutral einzustellen.

Auf Antrag der Direktion der Justiz und des Innern und der Sicherheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Im Stellenplan der Kantonspolizei werden mit Wirkung ab 1. April 2022 folgende Stellen geschaffen:

Anzahl Stellen	Richtposition	Klasse VVO
13,0	Sicherheitsassistent/in	13

II. Mitteilung an die Finanzdirektion, die Sicherheitsdirektion sowie an die Direktion der Justiz und des Innern.



Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:

Kathrin Arioli